Stand: 18.11.2025 16:33:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5035

"Bericht über den Stand und Weiterentwicklung der Familien- und Sexualerziehung in Bayern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/5035 vom 29.01.2015
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6077 des BI vom 12.03.2015
- 3. Beschluss des Plenums 17/6273 vom 22.04.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 22.04.2015



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.01.2015 Drucksache 17/5035

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht über den Stand und Weiterentwicklung der Familien- und Sexualerziehung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert dem Ausschuss für Bildung und Kultus schriftlich wie mündlich zu berichten:

- Wie Sexualkunde bzw. Familien- und Sexualerziehung in den jeweiligen Schularten und Klassenstufen unterrichtet wird und welche Unterschiede es dabei zwischen den Schularten gibt. Dabei soll auf Aufgaben, Durchführung und Umfang eingegangen werden. Ebenso soll dargelegt werden, ob das Thema "sexuelle Vielfalt" im Schulunterricht zeitgemäß behandelt wird und welche Defizite es gibt.
- Inwieweit die Richtlinien für Familien- und Sexualerziehung hinsichtlich der Themen sexuelle Orientierung und unterschiedliche Lebensformen weiterentwickelt wurden, wie im Februar 2014 so vom Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst berichtet, und inwiefern die Fortbildungsmaßnahmen entsprechend überarbeitet wurden.
- Welches zielgruppenspezifische Informationsmaterial zum Thema sexuelle Vielfalt mittlerweile erarbeitet wurde, wie ebenfalls in der 8. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultus berichtet, um in diesem Zuge auf die Themen wie Transsexualität, Intersexualität, Geschlechterrollen sowie hetero- und homosexuelle Partnerschaften einzugehen.
- Wie Lehrkräfte innerhalb der Aus- und Fortbildung auf die Sexualerziehung vorbereitet werden und unter welchen Umständen Schulen auf externe Fachkräfte (Sexualpädagoginnen und -pädagogen) zurückgreifen können.
- Welche neuen Anforderungen die Staatsregierung an die Sexualerziehung im digitalen Zeitalter sieht.

Begründung:

Die Bedeutung des Sexualkundeunterrichts ist ungebrochen. Eine Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zeigt, dass noch immer rund dreiviertel der Jugendlichen ihre Kenntnisse über Sexualität aus dem Unterricht in ihrer Schule haben. Von besonderer Wichtigkeit zeigt sich die schulische Sexualaufklärung demnach bei Jungs aus Elternhäusern mit Migrationshintergrund. Dazu kommt, dass die sexuelle Entwicklung heute unter anderen Bedingungen und Möglichkeiten stattfindet, als noch vor einigen Jahren: Jugendliche sind selbst neugierig. Viele informieren sich bereits selbständig durch verschiedenste Quellen über Liebe & Sexualität, sei es in Zeitschriften, in Gesprächen mit Freunden, etc. Was im digitalen Zeitalter aber besonders beliebt ist: das Internet. Doch durch die erleichterte, kostenfreie und barrierefreie Verfügbarkeit von sexualisierten Netzinhalten besteht auch das Risiko, dass Kinder und Jugendliche ungewollten Einflüssen bzw. Situationen ausgesetzt werden, die auf sie verstörend und überfordernd wirken. Umso wichtiger ist es, dass sie einen vertrauensvollen und sicheren Umgang zu Liebe und Sexualität in der Schule erlernen.

Überall, wo Menschen aufeinandertreffen, ob in der Schule, im Betrieb, in Vereinen und Verbänden, in der Familie und in den Universitäten, dürfen Diskriminierungen, Ausgrenzung oder vorurteilsmotivierte Gewalt, ob in Form von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus oder Homophobie wie auch Transphobie, nicht unbeantwortet bleiben. Die Akzeptanz kultureller und sexueller Vielfalt lässt sich nicht verordnen. Deshalb bedarf es eines engagierten Wirkens aller Teile der Gesellschaft. Der Freistaat Bayern muss sich zum Ziel setzen, die Gesellschaft in ihrem Engagement für sexuelle Vielfalt zu unterstützen, um ein couragiertes Verhalten bei Übergriffen und Diskriminierungen zu fördern.

Schule ist der Ort, an dem zentrale Prägungen der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen stattfinden. Sie ist ein Lernort und die Vorbereitung auf das Leben. Deshalb ist die Schule auch in der Frage der Bekämpfung von Homophobie, Rassismus und sonstigen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein wichtiges Instrument.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, dass an Schulen ein Klima der Akzeptanz und Offenheit geschaffen wird. Diskriminierungen von Homosexuellen dürfen genauso wenig hingenommen werden wie rassistische Diskriminierungen oder

Benachteiligungen anderer Minderheiten. In den Schulen sollte ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, wonach Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTTI) nichts "Abnormales" sind. Die Schülerinnen und Schüler

sollen im Unterricht über alle möglichen Formen des Lebens aufgeklärt werden, denn nur so können sie als freie Menschen mit eigener Meinung, offen und tolerant durch die globalisierte Welt gehen.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

12.03.2015 Drucksache 17/6077

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/5035

Bericht über den Stand und Weiterentwicklung der Familien- und Sexualerziehung in Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der erste Spiegelstrich folgende Fassung erhält:

"- Welche Inhalte in welchem Umfang bzgl. Sexualkunde bzw. Familien- und Sexualerziehung in den jeweiligen Lehrplänen der unterschiedlichen Schularten und Klassenstufen festgeschrieben sind, welche Unterschiede es dabei ggf. zwischen den Schularten gibt und wie das Thema "sexuelle Vielfalt" nach den Vorgaben des Kultusministeriums behandelt werden soll."

Berichterstatterin: Gisela Sengl
Mitberichterstatterin: Carolina Trautner

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 12. März 2015 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Martin Güll

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.04.2015 Drucksache 17/6273

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/5035, 17/6077

Bericht über den Stand und Weiterentwicklung der Familien- und Sexualerziehung in Bayern

Die Staatsregierung wird aufgefordert dem Ausschuss für Bildung und Kultus schriftlich wie mündlich zu berichten:

Welche Inhalte in welchem Umfang bzgl. Sexualkunde bzw. Familien- und Sexualerziehung in den jeweiligen Lehrplänen der unterschiedlichen Schularten und Klassenstufen festgeschrieben sind, welche Unterschiede es dabei ggf. zwischen den Schularten gibt und wie das Thema "sexuelle Vielfalt" nach den Vorgaben des Kultusministeriums behandelt werden soll.

- Inwieweit die Richtlinien für Familien- und Sexualerziehung hinsichtlich der Themen sexuelle Orientierung und unterschiedliche Lebensformen weiterentwickelt wurden, wie im Februar 2014 so vom Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst berichtet, und inwiefern die Fortbildungsmaßnahmen entsprechend überarbeitet wurden.
- Welches zielgruppenspezifische Informationsmaterial zum Thema sexuelle Vielfalt mittlerweile erarbeitet wurde, wie ebenfalls in der 8. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultus berichtet, um in diesem Zuge auf die Themen wie Transsexualität, Intersexualität, Geschlechterrollen sowie hetero- und homosexuelle Partnerschaften einzugehen.
- Wie Lehrkräfte innerhalb der Aus- und Fortbildung auf die Sexualerziehung vorbereitet werden und unter welchen Umständen Schulen auf externe Fachkräfte (Sexualpädagoginnen und -pädagogen) zurückgreifen können.
- Welche neuen Anforderungen die Staatsregierung an die Sexualerziehung im digitalen Zeitalter sieht.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Protokollauszug 43. Plenum, 22.04.2015

Bayerischer Landtag - 17. Wahlperiode

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Nummern 16 und 24 der Anlage zur Ta-

gesordnung. Dies sind der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Felbinger und

anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Besuch einer Gedenkstätte für die

Opfer des Nationalsozialismus/eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayeri-

schen Schularten fest verankern" auf der Drucksache 17/5334, der auf Antrag der

Fraktion der FREIEN WÄHLER einzeln beraten werden soll, und der Antrag der Abge-

ordneten Arnold, von Brunn, Ruth Müller und anderer und Fraktion (SPD) betreffend

"Erlaubnis der Verwendung von mit der Waffe verbundenen künstlichen Lichtquel-

len ... und Nachtzielgeräten ... für die Jagd auf Schwarzwild insbesondere in Problem-

gebieten" auf der Drucksache 17/5142, der auf Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls ein-

zeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Frak-

tionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstim-

mungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist,

den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich, anzuzei-

gen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese

Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses

(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 2015 Vf. 3-VIII-15 betreffend

Meinungsverschiedenheit zwischen den Antragstellerinnen

- 1. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag,
- Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag

und den Antragsgegnerinnen

- CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag,
- 2. Bayerische Staatsregierung

über die Frage, ob § 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) die Bayerische Verfassung verletzt PII/G1310.14-0012

Drs. 17/6166 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 2015 Vf. 4-VIII-15 betreffend

Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin

SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen

- 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag,
- 2. Bayerische Staatsregierung

über die Frage, ob § 1 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) die Bayerische Verfassung verletzen. PII/G1310.14-0012 Drs. 17/6164 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A

- Schreiben des Bundesverfassungsgerichtes Erster Senat vom 9. März 2015 1 BvR 1314/12, 1 BvR 1630/12, 1 BvR 1694/13, 1 BvR 1874/13 betreffend Verfassungsbeschwerden
 - gegen das Gesetz zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin – SpielhG Berlin) vom 20. Mai 2011 (GVBI S. 223)
 - gegen § 2 Abs. 1 und 3; § 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3; § 5 Abs. 1; § 6 Abs. 1 bis 4, Abs. 6 bis 8; § 8 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 und 4; § 7 Abs. 1 Nr. 2, 4 bis 7, 9 bis 14 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin SpielhG Bln) vom 20. Mai 2011 (GVBI S. 223)
 - gegen § 29 Abs. 4 Satz 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Satz 1 GlüStV und Art. 11 Abs. 1 Satz 2 BayAGGlüStV (einjährige Übergangsregelung für nach dem 28. Oktober 2011 nach § 33i GewO genehmigte Spielhallen)
 - gegen
 - a) das in Art. 1 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Gesetz über die Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Erster GlüÄndStV), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 156 ff.,
 - b) das in Art. 5 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Saarländische Spielhallengesetz (SSpielhG), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 171 ff.

PII/-G1320.13-0003 Drs. 17/6167 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerden sind unbegründet.
- III. Die Stellungnahme fertigt der Abgeordnete Jürgen W. Heike.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD Inklusion jetzt: Schulbegleitung überarbeiten Drs. 17/3693, 17/6071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Zusätzlicher Aufwand durch das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung Drs. 17/3714, 17/6050 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

6. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Ruth Waldmann, Annette Karl u.a. SPD Einführung landesweit verbindlicher, einheitlicher Standards für Querungsstellen im öffentlichen Verkehrsraum

Drs. 17/4397, 17/5832 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	Z

7.	Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
	Kathi Petersen u.a. SPD
	Umsetzung des Nationalen Krebsplans – Bundesweite Bedarfsanalyse des stationären und ambulanten psychoonkologischen Versorgungsangebots Drs. 17/4487, 17/6055 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Übernahme der kommunalen Kosten für Kindertageseinrichtungen bei der Betreuung von Kindern von Asylsuchenden Drs. 17/4505, 17/5874 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Videoüberwachung an Schulen Drs. 17/4690, 17/6072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU Bericht zum LehrplanPLUS Gymnasium Drs. 17/4702, 17/6073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berichtsantrag zum angekündigten 10.000 Häuser-Programm der Bayerischen Staatsregierung Drs. 17/4720, 17/6067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rückbau der Gleisanlagen der Sinntalbahn verhindern und Sinntalbahn nicht von eisenbahnbetrieblichen Zwecken freistellen Drs. 17/5029, 17/5833 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

13.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Bericht über den Stand und Weiterentwicklung der Familien- und
	Sexualerziehung in Bayern
	Drs. 17/5035, 17/6077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD Mitfinanzierung der geriatrischen Rehabilitation durch die Pflegeversicherung

Mitfinanzierung der geriatrischen Rehabilitation durch die Pflegeversicherung Drs. 17/5125, 17/6056 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		ENTH	Z

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum Zustimmung zugrunde zu legen.

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Weihnachtsgans mit gutem Gewissen – Kennzeichnung von Gänsefleisch vorantreiben

Drs. 17/5135, 17/6042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Erlaubnis der Verwendung von mit der Waffe verbundenen künstlichen Lichtquellen (KLQ) und Nachtzielgeräten (NZG) für die Jagd auf Schwarzwild insbesondere in Problemgebieten Drs. 17/5142, 17/6048 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht zur Perspektive der standortnahen Atommüllzwischenlager in Bayern nach der Aufhebung der Genehmigung für das Zwischenlager Brunsbüttel Drs. 17/5191, 17/6044 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Volker Bauer, Robert Brannekämper u.a. CSU Eigene Rubrik im Familienpakt Bayern: Männer in der Arbeitswelt Drs. 17/5196, 17/5876 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 G7-Gipfel: "Kein Bürger soll auf Schäden sitzenbleiben"
 Drs. 17/5227, 17/6015 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH		ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
 Alphabetisierungsatlas für Bayern vorlegen
 Drs. 17/5229, 17/6074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Sonderrechte für Rettungsdienst und Notarzt in der StVO – Umsetzung in Bayern Drs. 17/5230, 17/6065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Z

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Öffentlichen Wohnungsbau stärken und langfristig bezahlbares Wohnen sicherstellen

Drs. 17/5304, 17/6143 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

23.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Anspruch auf Zuerkennung eines MODUS-Status
	Drs. 17/5306, 17/6078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus / eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayerischen Schularten fest verankern Drs. 17/5334, 17/6079 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Verursacher lärminduzierter Gesundheitsschäden durch Fluglärm an Behandlungskosten beteiligen Drs. 17/5335, 17/6057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer u.a. CSU Ausbildung in der Altenpflege – Ausbildungsumlage einführen Drs. 17/5338, 17/6058 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

27.	Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU Ambulante medizinische Versorgung außerhalb der normalen Praxisöffnungszeiten: verlässliches Angebot für die Patienten – finanzieller Ausgleich für Krankenhäuser Drs. 17/5340, 17/6059 (E)				
	Votum des federführer Gesundheit und Pfleg				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
28.	 Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Klaus Steiner u.a. CSU Laubholzbockkäfer effektiv bekämpfen Drs. 17/5341, 17/6049 (E) 				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
29.	 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU Bericht zum LehrplanPLUS Drs. 17/5345, 17/6075 (E) 				
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

 Antrag des Abgeordneten Michael Brückner CSU Erweiterung des Berichts über die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatsregierung um einen Forecast Drs. 17/5346, 17/6141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag des Abgeordneten Jürgen Baumgärtner CSU Verbesserung des Pflegesystems durch Abbau von Bürokratie – Übernahme von Kosten für den Transport zu ambulanter medizinischer Versorgung nach Feststellung der Notwendigkeit durch den behandelnden Arzt Drs. 17/5347, 17/6060 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	Z

32. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD

Einrichtung des gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V ermöglichen Drs. 17/5379, 17/6061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

33.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
	Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
	Versprechen halten! Budgetzuschläge für kleine Gymnasien umsetzen
	Drs. 17/5407, 17/6076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
 Keine unverhältnismäßigen Abholzungen in von ALB-betroffenen Gebieten Drs. 17/5431, 17/6046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Rechte indigener Bevölkerung schützen – ILO-169-Übereinkommen ratifizieren Drs. 17/5484, 17/6142 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

36. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Französisch als zweite Fremdsprache auch musischen Gymnasien ermöglichen Drs. 17/5489, 17/6080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD Ausbau der Bundesautobahn A 3 / Realisierung A 94 Drs. 17/5494, 17/6069 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			A

38. Antrag der Abgeordneten Michael Hofmann, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU S-Bahn Haltepunkte Forchheim Nord Drs. 17/5522, 17/6070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Ø

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bauunterhalt und Sanierung staatlicher Gebäude Drs. 17/5611, 17/5974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u.a. SPD Grundstockvermögen des Freistaats Bayern offenlegen

Drs. 17/5624, 17/5975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung auch 2015 eigenständig fortführen Drs. 17/5012, 17/5875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat